

Israels zweiter Unabhängigkeitskrieg: Das Ende der strategischen Illusionen

Vor der Wahl am 27. Oktober 2026 muss Israel militärische Stärke endlich in eine politische Strategie übersetzen.

Am 27. Oktober 2026 wählt Israel ein neues Parlament. Die Entscheidung fällt in eine Zeit, in der sich die Sicherheitsordnung des Nahen Ostens neu sortiert, und sie betrifft Europa unmittelbar: das Verhältnis zum Iran, die Aussichten auf eine regionale Einbindung Israels und die Frage, wie sich der Krieg in Gaza politisch beenden lässt. Ilan Mor war über vier Jahrzehnte israelischer Diplomat, unter anderem in Bonn und in Berlin. Er beschreibt sein Land in einem zweiten Unabhängigkeitskrieg und fragt, warum militärische Erfolge bislang nicht in politische Ergebnisse übersetzt worden sind. Eine dezidierte Stimme aus der israelischen Debatte, die wir hier zur Diskussion stellen.

Berlin, im September 2026

Am 27. Oktober 2026 wählt Israel ein neues Parlament. Doch diesmal geht es um weit mehr als um den Austausch einer Regierungskoalition.

Das Land befindet sich an einem historischen Scheideweg. Zur Entscheidung steht die strategische Ausrichtung des Landes, seine innere Verfassung und seine Fähigkeit, langfristige Sicherheit zu gewährleisten. In diesem Sinne gleicht die Wahl einem zweiten Unabhängigkeitskrieg, nicht auf dem Schlachtfeld, sondern um den künftigen Charakter und die Handlungsfähigkeit des Staates.

Israel kann sich nicht länger auf das Konzept kurzer Entscheidungskriege stützen. Das Land befindet sich in einem langwierigen Mehrfrontenkonflikt, der von Gaza und dem Libanon bis zum Jemen, Irak, Syrien und Iran reicht. Die kommende Führung muss deshalb nicht nur einen Weg aus der militärischen Endlosschleife finden, sondern auch die tiefe innere Spaltung des Landes überwinden. Die Polarisierung der vergangenen Jahre hat das Ver-

trauen in die staatlichen Institutionen und die nationale Kohäsion erheblich beschädigt.

Das fundamentale Problem Israels ist jedoch das strategische Vakuum. Die israelischen Verteidigungsstreitkräfte erzielen zweifellos bedeutende taktische Erfolge. Doch militärische Gewalt ist kein Selbstzweck. Sie muss die Voraussetzungen für eine tragfähige diplomatische und politische Regelung und einen klar definierten strategischen Endzustand schaffen.

Genau dieser politische und diplomatische Kompass fehlt. Die gegenwärtige Führung hat militärische Erfolge bislang nicht in tragfähige Vereinbarungen überführt. Ohne eine Exit-Strategie erzeugt jeder Rückzug ein neues Machtvakuum und zwingt Israel immer wieder in eine reaktive Rolle. Das verschlingt militärische, wirtschaftliche und menschliche Ressourcen, ohne auf Dauer Sicherheit zu schaffen.

Besonders deutlich zeigt sich diese Konzeptlosigkeit im Umgang mit dem Iran. Der jahrzehntelange verdeckte Schattenkrieg zwischen Jerusalem und Teheran ist einer offenen militärischen Konfrontation gewichen. Der Iran hat über Jahre einen Feuerring um Israel aufgebaut und seine Verbündeten und Stellvertreter in Gaza, im Libanon, im Jemen, im Irak und in Syrien unterstützt. Der direkte iranische Angriff mit Raketen und Drohnen im April 2024 markierte einen historischen Tabubruch und erhöhte die Gefahr einer regionalen Eskalation.

Zugleich entwickelt der Iran sein Atomprogramm weiter und hat die internationale Kontrolle darüber erheblich eingeschränkt. Nach den militärischen Angriffen auf iranische Nuklearanlagen und der Einschränkung der Zusammenarbeit mit der Internationalen Atomenergie-Organisation fehlt inzwischen ein verlässliches Gesamtbild über den Zustand der Anlagen und des angereicherten Materials. Gerade diese Ungewissheit verschärft die strategische Gefahr.

Israel kann die vom Iran ausgehende Bedrohung nicht dauerhaft im Alleingang bewältigen. Der wirksamste Schutz wäre eine regionale Sicherheitsarchitektur, getragen von Israel, den USA und pragmatischen arabischen

Staaten, allen voran Saudi-Arabien. Ein solches Bündnis wäre nicht nur militärisch bedeutsam. Es könnte die regionale Ordnung verändern und den iranischen Einfluss politisch, wirtschaftlich und sicherheitspolitisch begrenzen.

Doch diese Option hat einen politischen Preis, den Israels Regierung bisher nicht zu zahlen bereit war. Riad verlangt für eine Normalisierung glaubwürdige und unumkehrbare Schritte hin zu einer politischen Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts. Damit zerbrechen die alten Paradigmen der israelischen Politik. Konzepte wie Konfliktmanagement oder wirtschaftlicher Frieden haben den Konflikt weder gelöst noch seine Eskalation verhindert. Sie boten Israel auch keine tragfähige diplomatische Perspektive.

Wenn die nächste Regierung Israels Stellung in der Welt verbessern, seine Legitimität stärken und die regionale Integration vorantreiben will, muss sie der Öffentlichkeit eine unbequeme Wahrheit sagen: Die Fortsetzung des Status quo in Judäa und Samaria (Westjordanland) führt Israel immer weiter in eine Ein-Staat-Realität zwischen Mittelmeer und Jordan.

Auch wer ein baldiges Friedensabkommen für unrealistisch hält, muss dafür sorgen, dass eine künftige Trennung von den Palästinensern möglich bleibt. Die Trennung ist zugleich die beste politische Antwort auf Bezalel Smotrichs sogenannten Entscheidungsplan, der auf die dauerhafte israelische Kontrolle über das gesamte Gebiet und die Verhinderung eines palästinensischen Staates zielt.

Andernfalls droht eine Ein-Staat-Realität für zwei Völker. Gewährt Israel allen Bewohnern gleiche politische Rechte, kann es seinen jüdischen Charakter verlieren. Verweigert es den Palästinensern diese Rechte, droht es zu einem Apartheidstaat zu werden. In beiden Fällen wäre Israel nicht länger zugleich jüdisch und demokratisch.

An den aktuellen Fronten zeigen sich die Folgen fehlender politischer Alternativen. In Gaza hat die Armee die militärischen Strukturen der Hamas schwer beschädigt. Weil die Regierung jedoch eine moderate palästinensische Zivilverwaltung, möglichst mit Unterstützung arabischer Partner, ab-

lehnt, droht Israel auf unbestimmte Zeit die Verantwortung für die zivile Ordnung in einem politisch und institutionell weitgehend ungeordneten Gebiet zu tragen.

Auch im Libanon werden die Grenzen rein militärischer Operationen sichtbar. Die Schläge gegen die Hisbollah mögen operativ notwendig sein, um den Bewohnern Nordisraels eine sichere Rückkehr zu ermöglichen. Dauerhafte Sicherheit erfordert jedoch eine belastbare, international überwachte Vereinbarung. Ohne eine solche politische Regelung bleibt jeder Waffenstillstand eine Pause bis zur nächsten Eskalation.

Der Mangel an einer diplomatischen Perspektive hat zugleich einen wachsenden internationalen Preis. Israel verliert den Rückhalt wichtiger westlicher Partner. Es wächst das Risiko politischer Isolation, restriktiver Maßnahmen durch verbündete Staaten und zunehmenden rechtlichen Drucks vor internationalen Gerichten. Dabei ist Präzision notwendig: Der Internationale Gerichtshof befasst sich mit der Verantwortung von Staaten, der Internationale Strafgerichtshof mit der möglichen strafrechtlichen Verantwortung einzelner Personen. Beide Institutionen sind Teil einer rechtlichen und politischen Wirklichkeit, die Israel nicht ignorieren kann.

Auch im Inneren erodiert das Fundament der nationalen Resilienz. Die Last des Krieges ruht weiterhin auf einem begrenzten Teil der Gesellschaft. Die fortdauernde weitgehende Freistellung ultraorthodoxer Männer vom Wehrdienst beschädigt den Gesellschaftsvertrag. Gleichzeitig leidet der Hightech-Sektor unter Kapitalabfluss und politischer Unsicherheit. Eine starke und unabhängige Justiz ist dabei nicht nur ein Grundpfeiler der Demokratie. Ihre Fähigkeit, mögliche Rechtsverstöße glaubwürdig und unabhängig zu untersuchen, ist auch für Israels Stellung gegenüber internationalen Gerichten von zentraler Bedeutung.

Die Wahl im Oktober 2026 ist deshalb ein Referendum über Israels Zukunft. Ein Weiter so würde die wirtschaftliche Schwächung, die gesellschaftliche Spaltung und die internationale Isolation vertiefen.

Israel braucht eine Staatsführung, die militärische Stärke mit diplomatischer Klugheit verbindet, regionale Allianzen aufbaut, die Lasten im Inneren gerechter verteilt und der Illusion des Konfliktmanagements ein Ende setzt.

Israel hat keine andere Wahl, als den Weg in bessere Zeiten wiederzufinden. Doch dafür muss es sich von einer Realität lösen, in der das Chaos zur Politik der Netanyahu-Regierung geworden ist, einer Regierung, die ihren politischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und militärischen Kompass verloren hat.

Nur auf diese Weise kann Israel diesen zweiten Unabhängigkeitskrieg gewinnen. Es geht nicht um einen weiteren militärischen Sieg, sondern um die Wiedergewinnung strategischer Handlungsfähigkeit, innerer Geschlossenheit und politischer Vernunft. Davon hängt ab, ob Israel nicht nur seine Feinde abwehren, sondern auch seine Zukunft als jüdischer, demokratischer und sicherer Staat gestalten kann.

Ilan Mor ist Botschafter a. D. und gehörte seit 1983 dem diplomatischen Dienst Israels an, unter anderem in Monrovia, Los Angeles und Peking. Von 1992 bis 1996 war er an der israelischen Botschaft in Bonn tätig, von 2004 bis 2009 als Gesandter an der israelischen Botschaft in Berlin. Anschließend vertrat er Israel als Botschafter in Ungarn und in Kroatien. Er lebt in Tel Aviv und schreibt für die Reihe Impulse der Europäischen Akademie Berlin.